

Keine Bedenken gegen FOC-Vergleich

Fabrikverkauf im ICE-Park: Montabaurs Bürgermeister Schaaf würde vorgeschlagenen Kompromiss mit Klägern begrüßen

Die Spannung steigt: Das Koblenzer Oberverwaltungsgericht hat einen Vergleich beim Thema Fabrikverkauf vorgeschlagen. Jetzt sind die beteiligten Städte am Zug.

Montabaur/Koblenz. Der von Koblenzer Richtern vorgeschlagene Kompromiss, mit dem der geplante Bau eines Factory-Outlet-Centers (FOC) am ICE-Bahnhof ermöglicht würde, wird aller Voraussicht nach nicht an Montabaur scheitern. Zwar steht eine Entscheidung des Stadtrats zu diesem Thema noch aus. Aus Sicht von VG-Bürgermeister Edmund Schaaf enthält der

Vergleich jedoch keine problematischen Punkte für die Stadt. „Es gibt keine Pläne für eine Erweiterung des FOC“, betont Schaaf, der Montabaur beim jüngsten Gerichtsprozess in Koblenz vertreten hat.

Zur Erinnerung: Nach jahrelangem Rechtsstreit um den Bau eines neuen Einkaufszentrums in der Westerwälder Kreisstadt haben die Richter jetzt einen Kompromiss vorgeschlagen, über den der Montabaurer Stadtrat sowie die klagenden Nachbarstädte Limburg, Koblenz und Neuwied bis 10. November beraten sollen. Kernpunkte sind die Forderungen an die Mon-

tabaurer, bis 2017 auf eine Erweiterung des FOC zu verzichten, nur sortimentstypische Waren anzubieten sowie nicht gegen die Erweiterung der Limburger „WERKstadt“ vorzugehen. Im Gegenzug sollen die anderen Städte ihre Klage zurückziehen.

Schaaf betont, dass Montabaur schon früher mit den FOC-Gegnern über eine ähnliche Einigung sprechen wollte. „Diese Angebote wurden zurückgewiesen, im Falle der Stadt Limburg sogar das Gespräch darüber“, so der Bürgermeister. Gegen die Erweiterung der „WERKstadt“ sei in erster Linie Klage erhoben

worden, weil Limburg die Montabaurer über die Pläne nicht einmal informiert, geschweige denn (wie im Baugesetzbuch vorgesehen) sie daran beteiligt habe. Montabaur hingegen habe Limburg stets über alle Schritte beim FOC auf dem Laufenden gehalten. „Unser vorrangiges Ziel ist aber, die eigene Entwicklung in Montabaur voranzutreiben“, erklärt Schaaf. „An gerichtlichen Auseinandersetzungen mit unseren Nachbarstädten waren und sind wir nicht interessiert.“

Sollte der angeregte Vergleich am 10. November tatsächlich geschlossen werden,

könnte der Bau des FOC sofort beginnen. Sollte es jedoch keine Einigung geben, dann wird das Oberverwaltungsgericht am 15. November ein Urteil sprechen. Eine Prognose, wie sich die Kläger entscheiden, möchte Schaaf derzeit nicht abgeben.

Nach Presseinformationen hat Limburgs Bürgermeister Martin Richard den Ältestenrat der Stadt einberufen, um über den Vergleichsvorschlag zu beraten und die weitere Strategie zu besprechen. Eine öffentliche Auskunft des Beschwerdeführers soll es aber erst nach der Sitzung geben.

Thorsten Ferdinand